

DAS INTERVIEW

Sie sollen 2010 den Aufruf „Castor schottern“ unterschrieben haben. Die Staatsanwaltschaft Lüneburg sah darin eine Straftat wegen des Aufrufs zum gefährlichen Eingriff in den Schienenverkehr. Das Amtsgericht Lüneburg sprach Sie allerdings im Mai dieses Jahres frei, da Sie als Landtagsabgeordneter der Indemnitätsregelung des Artikels 55 der Thüringer Verfassung unterliegen. Demnach darf ein Abgeordneter für Äußerungen in und außerhalb des Landtages nicht strafrechtlich verfolgt werden, unabhängig davon, in welcher Form diese Äußerung erfolgt. Nun hat das Oberlandesgericht Celle am 15. November diesen Freispruch aufgehoben. Das Verfahren beginnt von vorn. Was bedeutet eigentlich „Indemnität“?

Indemnität (lat. indemnatio, Schadloshaltung) bezeichnet die Freistellung von strafrechtlicher (u. U. auch zivilrechtlicher) Verfolgung von Abgeordneten und stellt ein Verfahrenshindernis im Strafprozess dar. In Deutschland genießen sowohl Bundestags- als auch Landtagsabgeordnete sowie Mitglieder der Bundesversammlung Indemnität.

Sie dürfen also wegen einer Abstimmung oder einer Äußerung, die sie im Parlament oder dessen Ausschüssen getan haben, zu keiner Zeit – auch nicht nach Ablauf des Mandats – gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb des Parlaments zur Verantwortung gezogen werden.

Sie gilt für jedes gerichtliche Verfahren, einschließlich strafrechtlicher und zivilrechtlicher Klagen. Die einzigen Ausnahmen sind Verleumdungen nach § 187 Strafgesetzbuch (StGB). Die Indemnität ist ein Strafausschließungsgrund und kann im Gegensatz zur Immunität nicht vom Parlament, aber auch von keiner anderen Stelle aufgehoben werden. In Thüringen gilt nach Artikel 55 der Landesverfassung die Indemnität auch außerhalb des Landtages.

Wie begründet das Oberlandesgericht (OLG) Celle seine Entscheidung?

Es bezieht sich auf den Paragraph 36 des StGB, der 1977 reformiert wurde und wo geregelt ist, dass die Indemnität von Abgeordneten nur im Parlament gilt, nicht aber außerhalb. Ziel war damals eine einheitliche Indemnitätsregelung für das gesamte Bundesgebiet. Nach Artikel 31 des Grundgesetzes hätte damit der Bund im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz eine abschließende Regelung getroffen, die es den Ländern verbietet, abweichende Regelungen zu treffen, so wie dies Thüringen in seiner Landesverfassung getan hat. Sollte sich diese Rechtsposition durchsetzen, wäre das nach meiner Überzeugung ein Angriff auf den Föderalismus in seiner jetzigen Form. Das OLG Celle hat letztlich die Verfassungskom-

Ein Angriff auf den Föderalismus

Frank Kuschel zur Dimension des Urteils des OLG Celle

petenz der Länder in Frage gestellt. Aber ohne Verfassungskompetenz wären die Länder nicht mehr eine eigenständige föderale Ebene, sondern nur noch Vollzugsebene für den Bund. Diese Staatsform wäre eher zentralstaatlich organisiert wie in Frankreich.

Das klingt sehr abstrakt. Wie ist die verfassungsrechtliche Dimension des Urteils zu verstehen?

Unstrittig kann der Bund im Rahmen der konkurrierten Gesetzgebung verbindliche Rechtsnormen auch für die Länder setzen, die dazu dann keine abweichenden Regelungen mehr treffen können. Im vorliegenden Fall hat der



Bund aber mit dem Strafgesetzbuch nur eine einfachgesetzliche Rechtsnorm geschaffen. Thüringen hat die Indemnitätsregelung für seine Landtagsabgeordneten aber in die Verfassung aufgenommen, die 1994 durch Volksentscheid in Kraft gesetzt wurde.

Damit stellt sich die verfassungsrechtliche Frage, also die Frage, ob eine einfach gesetzliche Regelung des Bundes eine Verfassungsbestimmung der Länder „brechen“ kann, was bisher verneint wurde. Der Bund hat den Ländern zugestanden, eigene Verfassungsnormen zu bestimmen. Und wenn der Bund den Ländern Vorgaben machen will, muss das durch das Grundgesetz erfolgen, nicht aber durch einen einfachen Gesetzesschluss des Bundestages.

Wie geht das Verfahren weiter?

Es wurde vom OLG Celle an das Amtsgericht Lüneburg zurückverwiesen und beginnt also erneut. Ich werde beantragen, dass zunächst die Verfassungsfrage geklärt wird. Erst wenn abschließend geklärt ist, ob die Thüringer Verfassungsregelung der straffreien Meinungsäußerung für Landtagsabgeordnete gilt, muss das Gericht überhaupt über meine Schuld in der Sache entscheiden. Ich befürchte aber, dass das Amtsgericht meinem Antrag nicht folgt. Dann muss ich erst alle Instanzen durchlaufen, bevor ich selbst zum Verfassungsgericht gehen kann.

Mal vorausgesetzt, die OLG-Aufassung wird bestätigt und das Gericht muss in der Sache entscheiden, auf welche Beweise stützt sich die Staatsanwaltschaft?

Den Aufruf „Castor schottern“ im sozialen Netzwerk „facebook“ haben fast 5.000 Menschen unterzeichnet. Die Unterzeichnung erfolgte durch Eintragung in eine vorgegebene Liste. Dabei mussten nur Name, Vorname, Funktionsbezeichnung und Mailadresse angegeben werden. Es erfolgte keinerlei Überprüfung, ob die Eintragung tatsächlich durch die betreffende Person selbst geschah. Alle erforderlichen Angaben zu meiner Person sind auf meiner Internetseite öffentlich zugänglich. Insofern beruft sich die Staatsanwaltschaft nur auf Indizien. Die Staatsanwaltschaft kann mir weder den Zeitpunkt noch den Ort der Eintragung nachweisen.

Bisher galt auch, dass beim Aufruf zu einer Straftat die konkrete Person, der konkrete Zeitpunkt und der konkrete Ort der Straftat benannt werden mussten. Der Aufruf enthält aber weder konkrete Personen noch einen konkreten Zeitpunkt. In bisher 16 gleichgelagerten Fällen von Bundes- und Landtagsabgeordneten der LINKEN folgte aber das Amtsgericht diesen Argumenten nicht und verurteilte die Betroffenen zu Geldstrafen. Die Unschuldsvermutung wurde umgekehrt und die Betroffenen sollten ihre Unschuld beweisen. Auch diese Rechtsauffassung halte ich für bedenklich. Ich muss davon ausgehen, dass mich das Amtsgericht auch verurteilt und ich dagegen in Berufung gehen muss.

Warum sollen sich Abgeordnete auf die Straffreiheit außerhalb des Landtags überhaupt berufen können und damit anders behandelt werden als alle anderen?

Hier geht es um die Wechselwirkungen zwischen den Institutionen des Staates nach dem Grundsatz der Gewaltenteilung. Der Abgeordnete bestimmt über die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Exekutive, zu denen auch die Polizei und die Gerichte zählen. Dies geht bis hin zur Besoldung. Deshalb soll der Abgeordnete vor dem Handeln der Exekutive geschützt werden, weil er sonst nicht unabhängig wäre.

Thüringen hat sich bei der Indemnitätsregelung in der Verfassung an der sehr weitgehenden Regelung der Weimarer Verfassung orientiert. Dies ist eine Thüringer Besonderheit. Das weitere Verfahren muss zeigen, ob Thüringen dazu berechtigt war oder seit zwanzig Jahren in dieser Frage eine rechtswidrige Verfassungsregelung hat.

KURZ UND PRÄGNANT

Anerkennungsgesetz

Nachdem jetzt die Landesregierung einen Gesetzentwurf zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen auf den Weg gebracht hat, kritisierte die migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sabine Berninger (im Foto bei einem Interview zur Flüchtlingspolitik mit Astrid Rothe-Beinlich von der Grünen-Fraktion) den „Zuständigkeitsdschungel“, der keinesfalls die Anerkennung von Berufsabschlüssen erleichtert. Vor allem aber: „Das Anerkennungsgesetz orientiert sich an den Interessen des deutschen Wirtschaftsmarktes, nicht aber an den individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen der Menschen als Grundlage einer eigenen Lebensunterhaltssicherung. Aufgrund der spezifischen, mit der BRD wenig vergleichbaren Lebenswelten, müssen zudem berufspraktisch erworbene Kompetenzen einschließlich angebotener Nachqualifikationen und Prüfungen auch für nicht reglementierte Berufe Anerkennung finden.“



tiert sich an den Interessen des deutschen Wirtschaftsmarktes, nicht aber an den individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen der Menschen als Grundlage einer eigenen Lebensunterhaltssicherung. Aufgrund der spezifischen, mit der BRD wenig vergleichbaren Lebenswelten, müssen zudem berufspraktisch erworbene Kompetenzen einschließlich angebotener Nachqualifikationen und Prüfungen auch für nicht reglementierte Berufe Anerkennung finden.“

An Spitze der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden

Auf der so genannten Elgersburger Runde, bei der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Linkspartei am 6. und 7. Dezember die aktuelle Situation und strategische Ausrichtung beraten haben, wurde Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, zum neuen Vorsitzenden der Fraktionsvorsitzendenkonferenz gewählt. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz berät bei ihren regelmäßigen Treffen die Schwerpunkte und maßgeblichen Projekte der LINKE-Fraktionen auf Landes-, Bundes- und der Europaebene. „Koalitionen des Stillstands in den Ländern und im Bund, die soziale Ungerechtigkeit verschärfen, müssen wir mit starker Stimme gemeinsam entgegen treten“, begründet der einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählte Ramelow mit Blick auf die länderübergreifende Zusammenarbeit der LINKEN.